

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

# Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

## Uebersicht.

**Spanien.** Δ Paris. Espartero und die madrider Nationalgarde. Wahloperationen. Meteor.

**Großbritannien.** Verhandlungen des Unterhauses über Volkserziehung. Lord Brougham. Neues über die Boers am Cap. \* London. Parlamentsdebatten über den Krieg in Afghanistan.

**Frankreich.** Plan zur Vollendung des Louvre. Brief des Königs an Ern. Guizot. Audry de Puyraveau. \* Paris. Liste der Oppositionsdeputirten. \* Paris. Ausbau des Louvre. Don Carlos. Zuckerfrage. Neue Expeditionen in Algerien.

**Belgien.** Beschluß der Repräsentantenkammer über die Bestimmung des Zuckers. Gesetz über die Eisenbahnpolizei.

**Niederlande.** Umgestaltung der Staatsschuld.

**Deutschland.** δ München. Annahme des Zinsfußes von 4 Proc. \* Darmstadt. Dienstinstruction gegen die Wilderer. Die Gemeinderathsergänzungenwahlen. Mainz. Uebergänge der Handlungsreisenden. \* Aus Schleswig-holstein. Justizrath Parboe. Landgerichtsadvocat v. Prangen. Baron v. Plessen. Eisenbahn von Flensburg nach Süßen. † Altenburg. Kammererstat. Oldenburg. Anschluß an den deutschen Zollverein. \* Frankfurt a. M. Stadtwehrdienst. Jubiläum der deutsch-reformirten Gemeinde. Buchergesetz. Main-Neckar-eisenbahn. Marktdampfschiff.

**Preußen.** † Aus Preussen. Das preussische Landes-Deconomiecollegium. Aus dem Bergischen. Advocaten. Gemeindeverhältnisse.

**Oesterreich.** Δ Wien. Unwohlsein der Herzoge Franz Karl und Stephan. Dienstzeit der Soldaten. Sammlung für den Bau einer katholischen Kirche in Leipzig. Josephinische Militärakademie. Percussionsgewehre. Militärconvention mit Rußland. Berichtigung über Seymüller.

**Dänemark.** \* Kopenhagen. Preßproceß.

**Türkei.** \* Konstantinopel. Serbische Angelegenheit.

**Nordamerika.** \* Boston. Vorbereitungen zur Präsidentenwahl.

**Handel und Industrie.** Berlin.

**Abkündigungen.**

## Spanien.

Δ Paris, 7. März. Der Chef der madrider Nationalgarde hielt bei dem Empfang am Namenstage Espartero's eine Anrede an den Regenten, welche mit folgenden Worten schloß: „Nichts wird der Nationalgarde angenehmer, nichts schmeichelhafter, nichts erfreulicher sein, als sich um Ew. Hoheit zu scharen, so oft die Erhaltung der bestehenden Verfassung, des Throns unsrer unschuldigen Königin und der Regentschaft, welche das Vaterland mit einer so glücklichen Wahl der Person Ew. Hoheit übertragen hat, den Beistand der bewaffneten Bürger erheischt.“ Aus der Antwort des Regenten heben wir folgende Stelle hervor: „Die Königin und das Vaterland zählen auf euch, und ihr könnt eurerseits auf mich zählen, der ich als Bürger, als Soldat und als interimistischer Chef des Staats nie ein anderes Interesse gehabt habe noch haben werde, als den Ruhm und das Glück meines Vaterlandes befestigt zu sehen. Wenn die Feinde unserer Unabhängigkeit und unserer Freiheit einen Angriff wagen, so werde ich mich an eure Spitze stellen und der Welt beweisen, daß Spanien frei sein will, und daß es frei sein kann.“ — Die Wahloperationen fallen fortwährend zum Vortheile der Regierungspartei aus, und es ist bei der bisherigen Vertheilung der Stimmen kaum wahrscheinlich, daß die Opposition auch nur einen einzigen ihrer Candidaten für Madrid in den Senat oder in den Congress bringen werde. Die verschiedenen Unterabtheilungen der Opposition klagen sich gegenseitig der Schuld dieses schlechten Erfolgs an, der übrigens seinen Hauptgrund ohne Zweifel ganz einfach in der der Regierung günstigen Stimmung hat, welche unter den madrider Wählern entschieden vorherrscht. — Am 28. Febr. Morgens wurde in Madrid ein kleiner Stern am Himmel sichtbar, eine Erscheinung, welche den auf der Puerta del Sol versammelten Pflasterstreitern Stoff zu allerlei zum Theil sehr abenteuerlichen Betrachtungen gab.

## Großbritannien.

London, 6. März.  
In der vorigen Woche waren die Parlamentsverhandlungen lebhafter und mannichfaltiger, als es seit langer Zeit der Fall gewesen. Volkserziehung oder vielmehr die traurige Noth eines großen Theils des Volks und ein kleiner Anfang zur Beseitigung derselben

veranlaßten im Unterhaus eine beachtenswerthe Erörterung. Sie begann mit einer klaren und thatsächlichen Schilderung des jetzigen Zustandes durch Lord Ashley. Ihr Hauptinhalt war: Jährlich werden Tausende von Kindern in Armuth und Laster geboren, viele von ihnen erhalten gar kein Mittel, ihre eigne Lage kennen zu lernen, die meisten erhalten nie einen Unterricht, und die Art von Erziehung, die einige erhalten, ist so durchaus fehlerhaft, daß sie in den meisten Fällen unmöglich Nutzen stiften kann. Die Lage der Aeltern ist von der Art, daß diese wegen ihrer eignen Unwissenheit, ihrer Entbehrungen, ihrer schlechten Wohnungen, ihres unvermeidlichen Besuchs öffentlicher Häuser, theils aus Bequemlichkeit, theils aus Noth, und ihrer Unfähigkeit, den eignen Leidenschaften zu widerstehen, statt ihren Kindern als Muster zu dienen, vielmehr eine Vorschule des Lasters für sie bilden. Die Kinder sind frühzeitig in Schlechtigkeit, schmutzige Sinnlichkeit bezeichnet ihre Jugend, die Kraft der Mannheit, das Zartgefühl des Weibes kommt gar nicht zur Reife, sodas die Bevölkerung eines großen Theils der Städte und selbst des platten Landes aus Horden besteht, die sich nur durch eine abgefeimtere Kenntniß der Laster und das schmutzigere, den reinigenden Elementen verschlossene Stubenleben von Wilden unterscheiden. Lord Ashley legte keinen Plan vor, wie diese elenden Geschöpfe über ihre abscheuliche Entwürdigung aufgeklärt werden könnten, sondern überließ dies der Krone und dem Parlamente. Ziemlich überraschend antwortete Sir J. Graham mit der Ankündigung von zwei Maßregeln als einem wenn auch nur unbedeutenden Anfange der Volkserziehung. Eine dieser Maßregeln besteht in der Errichtung von Districtschulen in Städten, jede für einen Umkreis von 15 Miles Durchmesser, um Armenkinder oder andere, die freiwillig von ihren Aeltern hingefendet werden, zu unterrichten. Die andere Maßregel besteht in der Errichtung von Schulen in den Fabrikdistricten, die von allen in Fabriken beschäftigten Kindern besucht werden müssen, um Erlaubniß zu dieser Arbeit zu erhalten, deren Stunden gleichzeitig gekürzt werden sollen. Mit einer Laientverwaltung ist doch ein Mittel verbunden, die Kirche zu gewinnen, indem ihr die Oberaufsicht und den Dissenters völlige Freiheit zugesichert wird. Beide Maßregeln beschränken sich jedoch auf Kinder von Armen oder ähnliche in Stadtgegenden, sowie auf Kinder in gewissen Beschäftigungen mit Ausschluß der Katholiken. Zu einer allgemeinen Abhülfe ist dies offenbar nicht hinreichend. Auch sängt es auf dem verkehrten Ende an und verordnet, daß Kinder unterrichtet werden sollen, ohne für Schulmeister zu sorgen, die den Unterricht übernehmen könnten. Die Menge von Kindern, die jetzt schon Schulen besuchen und doch nach vieljährigem Unterricht in Wahrheit nichts gelernt haben, beweist hinlänglich, daß es nutzlos ist, die Schulen zu vermehren, ohne den Unterricht zu verbessern. Bemerkenswerth war die allgemeine Uebereinstimmung, daß eine Abhülfe Noth thue, und nach den nutzlosen Verhandlungen über die Lage des Landes scheint endlich etwas, wenn auch nicht viel für deren Verbesserung im Werke. (Spectator.)

— Lord Brougham's Aeußerung im Oberhause, daß nicht, wie in den Versammlungen der Anti Cornlaw League gesagt worden, der Herzog v. Wellington, sondern ein „Whiggengeneral“ die Gräuel bei der Einnahme von St. Sebastian verschuldet habe, hat ihm Handel zugezogen und droht zu einem Duell zu führen. Der erwähnte Whiggengeneral lebt nämlich noch und heißt Lord Lynedoch. Auf seine erste Ausforderung soll Lord Brougham erwidert haben, er betrachte die Sache als einen Theil der Geschichte, wogegen Lord Lynedoch meinte, um der Geschichte anzugehören, müsse man todt sein. Dann versprach Lord Brougham eine Ehrenerklärung im Oberhause, da diese aber noch nicht erfolgt ist, hat Lord Lynedoch ihn mahnen lassen mit einer Andeutung, er werde ihn sonst „an der Nase zupfen“.

— „Zu offenen Feindseligkeiten, heißt es in einem Schreiben aus der Capstadt vom 25. Dec., ist es noch nicht gekommen, doch haben sich bereits fast sämtliche zu den Operationen gegen die Boers bestimmte Truppen in Colesbery concentrirt. Die getroffenen Maßnahmen haben die unzufriedenen Boers innerhalb der alten Grenzen der Colonie zwar insofern eingeschüchtert, daß sie sich aufrührerischer Versammlungen enthielten, aber ein bedeutender Theil derselben, einen Feldcornet (Bezirksvorsteher) an der Spitze, ist zu den Boers jenseit des Drangeflusses übergegangen, auch haben die meisten der Zurückgebliebenen geradezu jede Theilnahme an dem bevorstehenden Kampfe gegen ihre ausgewanderten Genossen verweigert, wohl aber sich bereit erklärt, einen Ueberfall gegen die unter britischem Schutze stehenden Briguas zu unternehmen. Oberst Hare,

der Befehlshaber der britischen Truppen, befand sich am 13. Dec. in Semerfet. Major Smith, der in Port Natal befehligt, hat sich genöthigt gesehen, abermals vor der Verleihung von Ländereien im Namen der sogenannten südafrikanischen Republik zu warnen, sowie vor den Folgen, welche die Annahme solcher Verleihungen nach sich zu ziehen geeignet sei. Nach einem Brief aus Colesbery sollen die Boers beschloffen haben, am 16. Jan. einen Angriff auf die Griguas zu machen; Adam Kock, der Häuptling der letztern, hat daher in Colesbery alles Blei auflaufen lassen, wodurch der Preis desselben auf 9 Pence für das Pfund gestiegen ist."

\* London, 4. März. Man muß gestehen, daß die gestern erwähnte Rede Lord Palmerston's über den Krieg in Afghanistan nicht ohne große diplomatische Kunstfertigkeit zusammengeschichtet ist. Die Stellung des edlen Lords ist eine unglückliche; denn er vertheidigt eine schlechte Sache. Um zu beweisen, daß der Krieg nothwendig war, muß er die Gefahr zeigen, in der Indien ohne denselben schwebte. Nun hat aber dieser Krieg das unglücklichste Ende genommen, und somit ist der Lord in die Nothwendigkeit versezt, mit jedem Worte, durch welches er den Krieg vertheidigt, das Vertrauen auf die Zukunft der Herrschaft Englands in Indien schwächen zu müssen. War der Krieg gerecht, dann mußte Schah Sudscha der legitime, d. h. der beliebte Herrscher der Afghanen sein; der Aufstand beweist das Gegentheil, und so muß Lord Palmerston weiter diesen selbst zu erklären suchen. Die Erklärung aber ist der Art, daß dann wieder die Politik Englands ihn veranlaßt hat, weil diese der uncivilisirten Nation, wie einst Rom Germanien, ihre civilisirten Rechtsansichten auf die unrechte Weise hat aufdringen wollen. Das führt dann wieder zu einem andern Hülfsmittel, dem nämlich, den Aufstand selbst zu verkleinern; aber siehe, wenn dieser durch etwas Energie hätte besiegt werden können, so sind die Leute, die solche Führer wählten, nicht grade deswegen zu loben; so ist am Ende der neue Sieg in Afghanistan auch gar nicht so weit her. Genug, mit jedem Schritte, den Lord Palmerston thut, öffnet er sich selbst einen Abgrund, den er dann am Ende doch wieder mit vielem Glücke zu vermeiden sucht, und an denen allen vorbei er zu dem glüklichen Resultate einer — „eminent erfolgreichen Politik“ gelangt. Wer darf daran noch zweifeln, sagt doch der edle Lord es selbst und von sich selbst.

Sir R. Peel, der auch in dieser Debatte sprach, ist anderer Ansicht; das erklärt sich von selbst. Nichtsdestoweniger stimmt er gegen die Motion Hrn. Roebuck's, auch das ist nicht schwer zu erklären. Sir R. Peel sagt selbst: „Was sollte aus den Regierungen werden, wenn ihre Nachfolger sie für die Vergangenheit verantwortlich erklären wollten?“ Interessanter aber ist es, zu sehen, wie Sir R. Peel sich dennoch gegen die besiegten Gegner, denen er gnädig zur Seite tritt, zu verhalten weiß. Er verwirft die Motion Roebuck's, sezt aber hinzu: „Wenn eine Motion zur Vorlegung der Papiere gemacht wäre, so würde das eine bessere Verfahrungsweise als die jetzt dem Hause vorliegende sein. Obgleich ich nicht gestimmt sein möchte, einer solchen Motion beizustimmen, weil ich sie nicht für nöthig halte, so würde dies gewiß weniger Inconvenienz für das Haus haben und weniger verlegend für das Gesamtwohl sein als das Comité, das nun vorgeschlagen ist.“ Es liegt in dieser Wendung eine verdeckte Drohung, fein, wie Sir R. Peel's Art ist. Die Papiere in Bezug auf Indien sind, wie man vielfach behauptet, wie die ganze Debatte andeutet, sehr compromittirender Art. Lord Ellenborough, der Generalgouverneur der Tories, ist ebenfalls nicht unangreifbar echt und ohne sehr schwache Seiten. Und deswegen sagte der Herzog v. Wellington in der Eröffnungssitzung: take care, und deswegen zeigt Sir R. Peel den Whigs das Schwert des Damokles über ihrem Haupte: Nehmt euch in Acht!

**Frankreich.**

Paris, 7. März.

Graf Jaubert hat in der Deputirtenkammer ein Gesetz in Vorschlag gebracht, wodurch dem Minister der öffentlichen Arbeiten eine Summe von 13 1/2 Mill. Fr. zur Vollendung des Louvre überwiesen wurde. Die Regierungsjournale sind in der Regel nicht für die von der Kammer ausgehenden Gesetzentwürfe, bekämpfen aber diesen noch insbesondere, weil das Louvre zu den Kron-  
gütern gehört, deren einziger Besitzer und Verwalter der König ist, sodas die Beauftragung eines Ministers mit einem solchen Bau „die Gesinnungen des Vertrauens und der Dankbarkeit beleidigen würde, welche das Land für den hochherzigsten und gebildetsten aller Fürsten hegt.“ Das die Staatskasse jetzt auch nicht 13 1/2 Mill. Fr. für einen solchen Bau übrig habe, wird außerdem angeführt.

Die Gazette de France erzählt, daß der König Hrn. Guizot einen Brief geschrieben habe, den dieser den Kammermitgliedern zeigen könne, als einen Beweis, daß er den vollen Beifall und das volle

Vertrauen des Königs besitze, also noch lange Belohnung und Bestrafung austheilen könne. Daneben erinnert dieses Journal daran, daß im Jahr 1829 ein ganz gleiches Mittel zu demselben Zwecke gebraucht worden sei, indem Fürst Polignac sich einen ähnlichen Brief von Karl X. habe schreiben lassen, um die schwankenden Mitglieder der Kammer zu gewinnen. Aus dieser Zusammenstellung folgert die Gazette de France indes nichts, als daß Hr. Guizot seinen Brief besser geheim halten sollte, weil diese öffentliche Vergleichung denselben eher nachtheilig als nützlich für ihn machen werde.

— Audry de Puyraveau, ehemals als Mitglied der Deputirtenkammer bekannt, sah sich im Jahr 1839 genöthigt, eine Zuflucht vor seinen Gläubigern in der Schweiz zu suchen. Jetzt ist er, 70 Jahre alt und deshalb einer persönlichen Schuldhaft nicht mehr unterworfen, ins Vaterland zurückgekehrt.

\* Paris, 7. März. Die Liste, welche die Oppositionsjournale von den Deputirten geben, die dem Cabinet das Vertrauen versagt, ist nichts weniger als genau, was auch die schon dagegen eingehenden Reclamationen beweisen. Sie ist vielmehr ein Versuch, zur ganzen Wahrheit öffentlich zu gelangen. Es ist nämlich wichtig zu wissen, ob und wie viel Radicale und Legitimisten für das Cabinet votirt, wodurch aller Welt das Ende der Situation klar wird. Bekanntlich läugnet es National und Gazette so hartnäckig wie das Journal des Débats. Von Hrn. Mauguin ist dabei nicht die Rede; schon mehrmals seit zwei Jahren haben wir von dem Einverständnis gesprochen, das sich immer mehr zwischen ihm und mehreren Ultras von den Centren bildet: seine geistreiche Protestation gegen ein Ministerium Molé machte ihnen und dem Cabinet absichtlich und in der Intention ihm zu nützen eine sehr nützliche Diversion. Er gehört also nicht zu denen, die man als die Passionirten bezeichnet. Dagegen versichert namentlich Hr. Hippolyte Passy, ein seiner Rechtllichkeit halber von Allen geschätzter Mann, daß er im Augenblicke des Votirens zwei radicale Deputirte am Fuße der Tribune in der Berathung überrascht, ob man das Cabinet nicht bis nach der bevorstehenden neuen Wahl der Nationalgardenoffiziere erhalten müßte. Man weiß, daß diese Operation unter den jetzigen Umständen, da die Wahlcollegien der Hauptstadt bei jeder Gelegenheit sich gegen Hrn. Guizot aussprechen, so gefürchtet ward, daß erstlich ein neues Gesetz, das die Wahlen zu fünfjährigen machte und die bevorstehende schon um zwei Jahre hinauschiebe, im Conseil und im Generalstabe der Garde verhandelt wurde. Man ist jedoch in der letztern auf so viel Widerstand gestoßen, daß nunmehr eine Ordonnanz die neuen Wahlen auf den 21. März anordnet. Eine sehr lebhafte Bewegung und eine energische Opposition dürften sich allerdings dabei kund geben; denn das Vertrauensvotum vom 3. März hat die öffentliche Meinung nur noch mehr und auf bedenkliche Weise von der Kammer getrennt. Indes dürfte als Resultat sich diesmal doch nur Dasselbe ergeben, was im ersten Bezirk eintraf, als die Wiederwahl des neuen Commandanten der Nationalgarde in Rede stand. Es existiren nämlich im Volk und mithin in der Nationalgarde nicht die Parteischattirungen wie in der Kammer und in den meisten Wahlcollegien, sondern man ist dort gleich entweder für System und Dynastie oder beiden absolut entgegen. Die Candidaten der Opposition dort sind mithin entweder Legitimisten oder Republikaner, deren Wirksamkeit nicht wie in der Kammer an die der einen oder andern dynastischen Oppositionspartei gebunden ist. Deshalb trägt der größte Theil der dynastischen Opponenten das größte Bedenken, in der Nationalgarde zu votiren wie in den Wahlcollegien, und entscheidet sich zulezt immer lieber für den Candidaten des Cabinets. Die Gefahr wäre hier zu groß und zu unmittelbar, und doch hegt man ernstliche Besorgnisse. Im Ganzen sind die aufgklärten Conservativen nichts weniger als durch das Vertrauensvotum beruhigt.

\* Paris, 7. März. Das Journal des Débats und die „Presse“, welche sich urplötzlich von einer sehr gehässigen Opposition wieder zum ministeriellen Glauben belehrt hat, protestiren gegen den Jaubert'schen Antrag auf den endlichen Ausbau des Louvre, einen Antrag, den sie als einen Eingriff in die Rechte der Civilliste ansehen und den sie überdies unzeitig nennen. Diese Verwahrung, wie streitig auch der eine ihrer Stüppunkte sein möge, wenn man nicht etwa der Civilliste die ausschließliche Pflicht zuerkennt, die fragliche Unternehmung auf eigene Kosten auszuführen, beweist jedenfalls, daß man in den Tuilerien dem Erfolge des Vorschlags des Grafen Jaubert mißtraut, daß man für gut findet, sich von der Mitverantwortlichkeit für denselben loszusagen. Die Beseitigung des in Rede stehenden Antrags durch die Kammer ist demnach ganz gewiß, und Paris hat noch für lange Zeit die Aussicht, die Eintönigkeit der großartigen Architektur seines schönsten Stadttheiles durch die malerischen Ruinen des Carousselplatzes romantisch unterbrochen zu sehen. — Wenn man die Dialektik der Regierungspresse versteht, so muß man nach einem zweiten Artikel der heutigen „Presse“ die baldige Abreise des Don Carlos aus Bourges und

zu  
Pa  
nu  
un  
wo  
ge  
der  
nie  
Ka  
je  
fest  
Un  
die  
schl  
hat  
glic  
ges  
sein  
die  
Frü  
bere  
terw  
tung  
  
Fam  
Bes  
gen,  
besti  
res  
abthe  
Kilog  
sen,  
zudem  
nomm  
über  
  
fall  
schlag  
von d  
80 M  
kann,  
hollän  
entwe  
setzen  
ches n  
mit de  
Kassen  
Schein  
auch d  
früher  
zurück  
Zinsen  
sen zu  
ches 9  
Betrag  
stimmt  
gung d  
ten, m  
die Zin  
fations  
gien jäh  
Verkauf  
waltung  
Staatsf  
der nied  
  
3 M  
Abgeo  
sehentw  
Annahm  
nicht bed  
nicht zu  
4 Proc.

aus Frankreich erwarten. Das genannte Blatt nimmt die Meine an, zu glauben, daß man es dem Präsidenten von je her freigestellt, das Land zu verlassen, und daß sein gezwungener Aufenthalt in Bourges nur in Folge der überhaupt für politische Flüchtlinge gültigen Gesetze, und unter der Voraussetzung, daß Don Carlos in Frankreich bleiben wolle, angeordnet sei. Mit dieser Annahme ist Spanien gegenüber die gesetzliche Rechtfertigung der Entlassung des Don Carlos gegeben, aber der mehrjährige Aufenthalt des Präsidenten in Bourges dürfte sich nicht so leicht mit der fraglichen Voraussetzung der „Presse“ in Einklang setzen lassen; es ist vielmehr gewiß, daß Don Carlos Frankreich je eher je lieber verlassen haben würde, wenn man ihn nicht gewaltsam festgehalten. — In Bezug auf die Lösung der Zuckerfrage wird die Ungewißheit mit jedem Tage größer. Die Anarchie der Ansichten über dieselbe ist in fortwährendem Zunehmen. Die widersprechendsten Vorschläge kreuzen sich von allen Seiten. Die Commission der Kammer hat fast so viele Meinungen als Köpfe. Nur ein einziges ihrer Mitglieder, Hr. Berryer, stimmt für die Annahme des Regierungsantrages. Es wird allem Anscheine nach noch eine ziemliche Frist nöthig sein, ehe die Commission sich auch nur so weit verständigt hat, daß die Abfassung eines Berichts möglich wird. — Für das bevorstehende Frühjahr wird wieder eine Reihe von Expeditionen in Algerien vorbereitet, als deren Resultat die bereits zwanzig Mal angekündigte Unterwerfung der ganzen Regentchaft und die dito schließliche Vernichtung Abd-el-Kader's zum neunundzwanzigsten Male versprochen wird.

### Belgien.

Nach mehrtägigen Verhandlungen hat die Repräsentanten-Kammer endlich am 7. März einen entscheidenden Beschluß über die Besteuerung des Zuckers gefaßt. Die Centralsection hatte vorgeschlagen, die Vergütung für raffinierten Rohrzucker auf 68—71 Proc. zu bestimmen, die Regierung wollte nur 57—60 Proc. gewähren. Letzteres wurde mit 40 gegen 38 Stimmen angenommen. Die Centralabtheilung schlug vor, die Steuer für Rohrzucker auf 50 Fr. für 100 Kilogr. zu bestimmen, dies wurde mit 44 gegen 37 Stimmen verworfen, und ein Antrag des Hrn. d'Quart, Rohrzucker mit 45, Rübenzucker mit 20 Fr. zu besteuern, durch 45 gegen 36 Stimmen angenommen. — Die Regierung hat den Kammern einen Gesetzentwurf über die Eisenbahnpolizei vorgelegt.

### Niederlande.

Die Regierung hat den Generalstaaten einen Plan zur Umgestaltung der ganzen Staatsschuld vorgelegt. Nach diesem Vorschlage sollen die 80 Mill. Fl. zu 2½ Proc. Zinsen, welche Belgien von der holländischen Schuld vollständig übernommen hat, sowie die 80 Mill. Fl. zu 2½ Proc. Zinsen, die es mit 40 Mill. Fl. ablösen kann, dazu verwendet werden, die im zweiten Schuldbuch eingetragene holländische Schuld zu 5 Proc. Zinsen, welche 221,300,000 Fl. beträgt, entweder mit Austausch von 108½ für 100 Fl. auf 4 Proc. herabzusetzen oder pari zurückzahlen. Soweit die Fonds reichen, soll ein Gleiches mit der Colonialschuld zu 5 Proc., die 64 Mill. Fl. beträgt, sowie mit den 15,700,000 Fl. Domainenrenten und den 9,799,950 Fl. Kassenscheinen zu 4 Proc. Zinsen, ferner mit den 99½ Mill. Fl. Scheinen des Amortisationsyndicats zu 4½ Proc. Zinsen geschehen, auch die 1849 an die Handelsgesellschaft zu bezahlende Colonialschuld früher abgelöst und alles Dieses eine höchstens dem Nominalbetrage der zurückgezählten Capitalien gleichkommende neue Schuld von 4 Proc. Zinsen zu 92, oder von 3½ Proc. Zinsen zu 82, oder von 3 Proc. Zinsen zu 72 Proc. ausgegeben werden. Um das vorjährige Deficit, welches 9,630,000 Fl. beträgt, zu decken, soll eine neue Anleihe von diesem Betrage gemacht werden. Den Zeitpunkt der einzelnen Maßregeln bestimmt der König, die Oberrechnungskammer beaufichtigt sie. Zur Tilgung der Staatsschuld wird vom Jahr 1846 an oder früher geschritten, wenn die Forderungen der Handelsmaatschappij bezahlt oder durch die Zinsenherabsetzung 1 Mill. Fl. erspart worden ist. Als Amortisationsfonds dienen 400,000 Fl. unveräußerliche Rente, welche Belgien jährlich zahlt, im Budget dazu bestimmte Summen, der baare Verkaufspreis von Domainen, die Ertragnisse der gerichtlichen Verwaltung von Depositen, nichterhobene Zinsen oder Capitalien der Staatsschuld und die Dividenden auf die dem Staate gehörenden Actien der niederländischen Bank.

### Deutschland.

3 München, 7. März. Am 4. März hat die Kammer der Abgeordneten einen von dem Justizministerium eingebrachten Gesetzentwurf mit nur geringer Majorität angenommen, betreffend die Annahme des Zinsfußes von 4 Proc. bei gerichtlichen Urteilen über nicht bedungene Zinsen. Verzugszinsen dürfen also, wird anders, wie nicht zu zweifeln, der Entwurf zum Gesetz erhoben, künftig nur zu 4 Proc. berechnet werden. Dagegen bleibt es jedem Gläubiger un-

nommen, sich contractlich 5 Proc. zu bedingen, da es sich eben nur von Fällen handelt, in denen die Gerichte über nicht bedungene Zinsen zu entscheiden haben.

\*\* Darmstadt, 9. März. Es ist vor einiger Zeit in öffentlichen Blättern „aus dem Großherzogthum Hessen“ zu lesen gewesen: die großherzogl. Oberforstdirection habe sich genöthigt gefunden, die Dienstinstruction für die ihr untergebenen Beamten zu verschärfen. Demgemäß seien dieselben ermächtigt worden, auf Holzfrevler oder Wilddiebe scharf zu schießen, sobald die von ihnen auf der That betroffenen Uebertreter der bestehenden Gesetze ihre Waffen oder lebensgefährlichen Werkzeuge auf ihr Anrufen nicht sogleich ablegten, möchten sie auch immerhin sich damit auf die Flucht begeben. Bisher sei diesen Beamten untersagt gewesen, für letztern Fall Gebrauch von ihrer Schusswaffe zu machen u. Diese Nachricht machte Aufsehen in ganz Deutschland. Aber sie ist — ungegründet. Die großherzogl. Oberforstdirection hat im Jahr 1838 und noch neulich gegen bairische und besonders wittgensteinsche Holzfrevler, welche sich wahre nächtliche Raubzüge erlaubten, frühere Verordnungen eingeschärft, aber Schießen auf Fliehende, wenn auch Bewaffnete, ist und wurde niemals erlaubt, da Schießen nur Nothwehr sein darf. Und so bleibt von jener Nachricht bloß das Auffallende übrig, daß, während sie durch die meisten Blätter Deutschlands ihren Weg nahm, die hiesige politische Zeitung ihr keine Aufmerksamkeit schenkte und sie keines Widerrufs würdigte. — Unsere hiesigen Gemeinderaths-Ergänzungswahlen haben ein unerwartetes Ende gefunden. Der Administrativjustizhof hier hat nämlich die gegen jene Wahlen von einer großen Anzahl Bürger erhobenen Reclamationen für ungenügend erklärt, die angefochtenen Wahlen zu cassiren. Vielmehr verfügte er deren Bestätigung. Abgesehen von der Rechtsvermuthung, welche jede Behörde für die Rechtllichkeit der von ihr amtsmäßig vorgenommenen Handlungen hat, erfreut sich insbesondere auch unser Administrativjustizhof des Rufes einer ehrenhaften Unabhängigkeit. Indessen ist trotz dieser Entscheidung doch die Angelegenheit zu einer Krise gekommen. Heftige Auftritte fanden vor acht Tagen in der Sitzung des Gemeinderaths selbst statt, da eins der Gemeinderathsmitglieder das Verfahren des Bürgermeisters bei der Gemeinderaths-Ergänzungswahl erst schriftlich und dann mündlich zur Sprache bringen wollte, der Bürgermeister dies aber aufs bestimmteste verbot und die Sitzung zu schließen vorzog. (Nr. 69.) Unterdessen wendete sich der gesammte Gemeinderath mit Ausnahme von vier Mitgliedern beschwerend an den Kreisrath. Eine Verfügung steht darauf noch zurück. Heute sollte wieder Gemeinderaths-sitzung sein und der neue Kirchen-(um-)bau ist als Gegenstand der Berathung in der Einladung zur Sitzung bezeichnet. Aber schwerlich kommen so viele Gemeinderäthe zusammen, um eine Sitzung möglich zu machen.

Mainz, 8. März. Schon seit längerer Zeit begnügen sich die für auswärtige Fabriken reisenden Commissionare nicht mehr mit den Bestellungen, welche die Kaufleute, die offene Läden halten, bei ihnen machen, sondern sie bringen in die größern und kleinern Werkstätten und halten um Bestellungen auf ganz kleine Partien von Waaren an. In der letztern Zeit begaben sie sich auch zu Privatpersonen, oder sie bedienten sich der Wirthe, bei denen sie einkehrten, als Vermittler, um etwas von ihren Artikeln abzusetzen, und schickten das Verkaupte an diese, damit sie es an die Besteller besorgten. Schon längst wurden einzelne Stimmen unserer Detaillisten gegen diesen Unfug laut; aber was vermag heute der Einzelne gegen die große Menge von Reisenden? Durch das Zusammentreten vieler, durch Bildung eines Vereins, durch Ernennung eines Ausschusses glaubt man der mislichen Angelegenheit mit Hoffnung auf Erfolg entgegentreten zu können. Man kam daher in einer Versammlung überein, die Lage der Dinge der vorgefetzten Behörde in einem Gesuche darzustellen und sie um die Erlaubniß der Bildung eines Schutzvereins gegen fremde Eingriffe und um ihren eignen Beistand zu bitten. (Frlf. 3.)

\* Aus Schleswig-Holstein, 8. März. Die Ernennung des Justizraths und Comptoirchefs v. Harboe bei der schleswig-holsteinischen Regierung zum neunten Rathe bei diesem Collegium hat sich bestätigt. Für die beiden Beamten, welche früher dazu designirt und bereits in Vorschlag gebracht worden waren, muß diese Ernennung allerdings verlegend sein, insofern das Anerbieten nicht abgelehnt worden war und frische Kräfte frisches Leben in das Collegium gebracht haben würden. Ob man es höhern Orts vereinbarlich finden wird, mit der Stelle eines Regierungsraths das Secretariat bei der Irrenanstalt für die Herzogthümer, welches der Justizrath v. Harboe bisher verwaltet hat, zu verbinden, hängt zunächst wol von dem Einflusse ab, den die Freunde des Hrn. v. Harboe haben. Wenn wir die Vermuthung aussprechen, daß durch diese Ernennung die Reform der schleswig-holsteinischen Regierung als beseitigt angesehen werden könne, so dürfte die Sache vorerst wenigstens nur vertagt sein. Drei Mal hat unser

König- Herzog nun in Betreff der Regierung schon seine Ansicht geändert. Zuerst sollten die Regierungsstellen eingehen, nachdem man es für zweckmäßig befunden hatte, die beiden Stellen der Assessoren nicht wieder zu besetzen. Dann wurde im Budget für beide Stellen der Normaletat für die Zukunft wieder bestimmt. Nun ist endlich nur Einer ernannt. Dem Vernehmen nach wird dem neuen Rathe das Referat über die Kirchensachen zu Theil, welches bisher mit dem Referat über die Schulsachen verbunden war, indes die Arbeitskraft eines einzelnen Mannes überwog. Möchte nur das ausgleichende von der Regierung bisher befolgte Princip festgehalten werden! Denn so sehr eine bunte Mannichfaltigkeit von Lebensäußerungen zeugt, so nachtheilig sind doch die starren historischen Formen für die Einheit und Vereinfachung der Verwaltung. Theilweise ist wol dies der Grund, daß so viel Altes noch bei uns besteht. Andererseits aber fehlt es an durchgreifender Macht. Die Stellung der königl. schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei, von der dies ausgehen sollte, ist durch die neuen Begebenheiten nicht besser geworden. Die Mitglieder sind Schleswig-Holsteiner und haben die natürliche Verpflichtung, die Interessen der Herzogthümer zu vertreten und wahrzunehmen. Wenn man sie nun in höhern Regionen zu schleswig-holsteinisch gesinnt betrachtet, so liegt es in der Natur der Sache, daß ihre Wirksamkeit gebremst werden muß, namentlich sobald die Finanzen etwas bewilligen sollen, wenn nicht die Persönlichkeit sich Einfluß zu verschaffen weiß. Es ist daher nicht unwichtig, daß der Kanzleipräsident, der Graf v. Reventlow-Criminil, der schleswig-holsteinischen Ritterschaft angehört, derselbe also an dieser Corporation immer einen Rückhalt hat, wie andererseits vom Lande die Forderung gestellt wird, daß die deutschen Collegien die Interessen der deutschen Herzogthümer vertreten sollen. — Man designirt den Ober- und Landgerichtsadvocaten v. Prangen in Glückstadt zum Oberprocurer und damit zum Mitgliede der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei, indem man ihn dann als königl. Commissar bei den Ständeversammlungen der Herzogthümer im nächsten Jahr erwartet. Ob das Gerücht sich bestätigen wird, wird die Zeit lehren. Hr. v. Prangen ist ein sehr sähiger Kopf, in der Opposition in jeder Hinsicht, wie man meint, gewandt und hat sich in der holsteinischen Ständeversammlung mit ausgezeichnet. Seine Carrière ist indes bloß die Advocatenbahn gewesen. Ob ihm nun die zur Gesetzgebung nothwendig umfassenden Kenntnisse und die allseitige Bildung zusteht, ist eine andere Frage. Wenn für die legislatorische Stellung es zweckmäßiger scheinen dürfte, ein Talent zu wählen, das sich in administrativen und richterlichen Functionen emporgearbeitet hat, so darf man andererseits nicht verkennen, daß für den Fortschritt es gewiß politisch wichtiger ist, Jemandem die Gesetzgebung anzuvertrauen, der wenigstens seiner bisherigen Stellung nach dem progressiven Elemente des Staats angehört und nicht das Bessere verzögert, weil erst nach deutscher Art und Weise alle Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, um keinen Anstoß irgend einer Art zu geben. — Durch die Beförderung des Barons v. Plessen zum Amtmann der Ämter Sonderburg und Norburg ist der Kammerjunker Rosenörn zum Referendar im königlichen Cabinet ernannt worden. Es ist also ein Däne an die Stelle eines Schleswig-Holsteiners getreten.

Der Riesenplan der Flensburger, den Welthandel an sich zu ziehen und dies mittels einer Eisenbahn von der Stadt Flensburg nach Husum zu bewirken, um die Nord- und Ostsee zu verbinden, hat zu einer Petition Veranlassung gegeben, worin etwa 800 Einwohner den König bitten, daß die Finanzen sich ebenfalls bei dieser Eisenbahn mit einer Million theilhaben möchten. Hauptsächlich wird die Regierung nicht darauf eingehen, denn es wäre in der That nur eine Geldverschwendung. Die immer wiederholten Klagen der Flensburger haben überdies schon so viel bewirkt, daß der Regierungsentwurf über die anzulegenden Chaussees die alte Jahrhunderte bestehende Landstraße von Altona nach Goldingen später zur Chausfirung in die Reihe treten läßt als die von Flensburg nach Husum. Die Stände genehmigten dies freilich, aber gewiß nicht zur Zufriedenheit des Landes. Der Landesbeitrag zu den Baukosten der Chaussee von Flensburg nach Husum für die Jahre 1842 und 1843 ist zu etwa 82,500 Rthlr. veranschlagt.

† **Altenburg, 10. März.** In unsern städtischen Angelegenheiten ziehen die finanziellen Fragen vorzugsweise die Aufmerksamkeit auf sich. Der Kammerei-Stat für das Jahr 1843 schließt zwar bei einer auf circa 34,000 Thlr. berechneten Einnahme, gegenüber einer Ausgabe von circa 36,000 Thlr., mit einem nicht grade bedeutenden Fehlbetrag, allein man darf dabei nicht unberücksichtigt lassen, einmal, daß bei den einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten schwerlich eine wesentliche Erhöhung oder Minderung und darum keine Ausgleichung des Ausgabeüberschusses durch den ordinären Stand der Kassen ein-

treten wird, weil dieselben — und das kann nur gebilligt werden — sehr genau bemessen worden sind, und dann, daß die Zukunft durch manche unvermeidliche Nothwendigkeiten nicht eine Minderung, sondern eher eine Erhöhung der Ausgabe erwarten läßt, sodaß vor Allem eine Vermehrung der Einnahme ins Auge zu fassen ist. In dieser Beziehung herrscht aber eine wichtige Differenz zwischen den Oberbehörden einer- und dem Stadtrath in Verbindung mit den Stadtverordneten andererseits. Nachdem man nämlich erkannte, daß durch die im Jahr 1842 neu einzuführende Klassensteuer dem Bedürfnisse des Kammerei-Stats nicht vollkommen genügt werde, so beschloß man städtischerseits die Erhöhung der angenommenen Beitragsquoten jener Abgabe, und zwar so, daß der Zuschlag nach den höhern Klassen hinauf in einem gesteigerten Maße sich mehrte, während die unterste Klasse der Contribuenten davon unberührt blieb. Dagegen ward von höchster Stelle, deren Genehmigung zu dem fraglichen Projecte nachzusuchen war, in einem Rescripte der hiesigen Commune zwar erlaubt, jene erhöhte Klassensteuer auf das nächste Halbjahr zu erheben, zugleich aber auch bemerklich gemacht, daß, um für die Zukunft den Fehlbetrag des Kammerei-Stats zu decken, andere Wege vorgeschlagen werden möchten. Dagegen sprachen die städtischen Behörden in vollkommener Uebereinstimmung in einer Gegenvorstellung den Wunsch aus, daß es bei der Klassensteuererhebung mit dem Zuschlage bis auf weiteres sein Bewenden haben möge, besonders auch da die im höchsten Rescripte angedeuteten Mittel und Wege, das verbleibende Deficit zu decken, manche Bedenken gegen sich haben möchten. Diese noch nicht gelöste Differenz kam neuerlich bei Berathung des städtischen Stats wieder zur Sprache, der, wie schon erwähnt, das höchst unerfreuliche Resultat gab, daß die currenten Einnahmen mit der Klassensteuer ohne Zuschlag zur Bestreitung der currenten Ausgaben nicht zureichen. Auf's neue zog man jene in dem höchsten Rescripte vorgeschlagenen Deckungsmittel in sorgfältige Erwägung, blieb aber wieder bei der Ueberzeugung stehen, daß dieselben theils nicht ausreichend, theils nicht ausführbar sein dürften, und hielt sonach die frühere Ansicht über Fortdauer der erhöhten Klassensteuer auch diesmal wieder fest. Betrachtet man diese noch schwebende Differenz unbefangen und ohne Vorurtheil, so läßt sich unstreitig für beide Meinungen mancherlei sagen, zumal da die Frage über die größere oder geringere Belastung des Grundbesitzes bei dergleichen Besteuerungen in das wissenschaftliche Gebiet hinüberstreift. Dagegen ist vom praktischen Standpunkt aus zu berücksichtigen, daß die Erhebung der Klassensteuer mit dem Zuschlage seit ihrer Einführung wesentliche Nachteile nicht gehabt hat, daß der Grundbesitz der hiesigen Stadt in neuerer Zeit besonders durch die Kirchensteuer sehr zur Mitleidenheit gezogen worden ist, und daß der Wiedereinführung bereits weggefallener städtischer Abgaben nicht unwichtige Bedenken entgegenstehen.

**Oldenburg, 1. März.** Unser gesamtes Gebiet lebt der freudigen Hoffnung, bald seine Zollbarren fallen zu sehen, bald im gemeinsamen deutschen Vaterlande wieder aufzuleben und sich des Meeres zu erfreuen, dem wir bis jetzt nur geographisch nahe waren, das uns nutzlos da lag wie auf der Landkarte. Auch in dem benachbarten Hannover werden die Stimmen für den Zollanschluß immer lauter, obschon die Grenzdistricte, welche sich durch Schmuggelhandel bereichern, und viele Monopolisten, welche sich auf Unkosten des Gemeinwefens mästen, laut genug schreien, um jene Stimmen zu erdrücken. Der hannoversche Küstenstrich wird den Tag des Anschlusses als ein Auserstehungsfeiern feiern. Die wenigen Binnenländer, welche noch, durch Vorurtheile befangen, gegen ihren eignen Vortheil stimmen, werden bald dem allgemeinen Freudenrufe sich vereinigen, der den schönen Tag begrüßt. In diesem Augenblicke soll das hannoversche Cabinet mit der großen Frage beschäftigt sein, welche unsern Anschluß, sowie jenen von Bremen und Hamburg, unmittelbar herbeiführen würde. (Rh. u. M. 3tg.)

× **Frankfurt a. M., 9. März.** Die Erleichterung des Stadtwehrdienstes betreffende, Vorstellung (Nr. 66) ist, mit etwa 400 Unterschriften hiesiger Bürger und Bürgersöhne bedeckt, vor einigen Tagen dem Senat überreicht worden. Da nun gegen die Form dieser Bittschrift keine Ausstellung zu erheben ist, der Senat aber billigen Wünschen der Bürgerschaft niemals die geeignete Berücksichtigung zu versagen pflegt, so dürfte auch das hier bemerkte Gesuch von Erfolg sein, wofür nur nicht anderweitige Hindernisse demselben im Wege stehen sollten, die sofort zu bewältigen ihm nicht möglich ist. Es wäre dies namentlich der Fall, sollte die gerüchswise umlaufende Angabe Grund haben, daß bei Abberufung der Contingente im October vorigen Jahres gegen den Bundestag die Verpflichtung eingegangen wurde, bei unserm Stadtwehrewesen vorerst keinerlei Abänderungen zu treffen, die dessen Waffentüchtigkeit benachtheiligen könnten. — Wie im vorigen Sommer die französisch-reformirte Gemeinde, so wird nun am 17. März die deutsch-reformirte Gemeinde

d  
d  
i  
n  
t  
t  
M  
st  
de  
w  
B  
h  
te  
Fr  
che  
un  
üb  
In  
we  
har  
t  
t  
fein  
dies  
schr  
hen  
—  
Ne  
reit  
gen.  
Sta  
Din  
stätt  
Uml  
verle  
des  
furt  
mach  
den  
ber  
Som  
bahn  
es gr  
währt  
nen  
+  
tung  
word  
Erfüll  
wieder  
sekung  
die Lar  
Konon  
betrach  
Ministe  
die lan  
frühen  
gels an  
Dekon  
vertrau  
erst in  
dem Co  
Selbst  
verdient  
auch in  
Ra  
März v.  
waren,  
betreff  
keit zun  
sicht des  
zweige u  
nach den  
sten sind,

das 50jährige Jubiläum der Einweihung ihres hiesigen Gotteshauses durch einen kirchlichen Act feierlich begehen. Gleich den Mitgliedern jener Gemeinde waren ebenfalls bis zu jener Epoche die deutsch-reformirten Bürger Frankfurts genöthigt, ihren sonn- und festtäglichen Gottesdienst in dem benachbarten kurhessischen Flecken Rodenheim abzuhalten, hatten sie auch damals schon ihre eignen Pfarrer in der Stadt. Mit ihren französischen Confessionsgenossen und mit den Katholiken theilten sie die nämlichen Beschränkungen staatsbürgerlicher Rechte, in deren Gemäßheit sie nicht bloß von allen Staatsämtern, sondern sogar von den Handwerkerzünften ausgeschlossen waren. Letzterer Zustand währte bis zur französischen Zeit, mit deren Eintritt alle christlichen Bürger Frankfurts zum gleichheitlichen Genuße jener Rechte gelangten. — Die gegen zwei bei Buchergeschäften betheiligte Unterhändler verhängte und mit ihrer gefänglichen Einziehung verbundene Untersuchung hat in unsern rechtsgelehrten Kreisen zur Erörterung der Frage Anlaß gegeben, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, den Bucher ganz von dem Bereiche der Strafrechtsgesetzgebung auszuschließen und ihn vielmehr dem Gebiete jener lasterhaften Angewohnungen zu überweisen, bei denen allein die öffentliche Meinung zu Gericht sitzt. In der That scheinen die Erfahrungen aller Länder und Zeiten zu beweisen, daß, je schärfer die Buchergesetze sind und je strenger sie gehandhabt werden, desto höher die Prämie steigt, die der Geldbedürftige zu bezahlen hat, indessen den Bucher überall die Verachtung seiner Mitbürger trifft. Anderntheils erscheint es um so unbilliger, diese Prämie bei Privatdarlehngeschäften zu normiren und die Ueber-schreitung dieser Norm zu verpönen, als sich dieselbe bei Staatsanleihen lediglich durch eine beiderseitig freiwillige Uebereinkunft bestimmt. — Der allseitigen Ratificationen des zu Karlsruhe wegen der Main-Neckarreisbahn abgeschlossenen Staatsvertrags gewiß, werden bereits die Mittel zur Ausführung ihres Baues in Ueberlegung gezogen. Diesseits nun, meint man, könnte vielleicht die Negocirung einer Staatsanleihe durch eine neue Emission von Reichsscheinen, gegen Hinterlegung eines ihrem Gesamtbetrag entsprechenden Werths von städtischen Obligationen, um so eher umgangen werden, als gedachtes Umlaufsmittel, das vor mehren Jahren zur Erleichterung des Platzverkehrs geschaffen wurde, hier sehr beliebt ist. — Unter Begünstigung des Wasserstandes erfreut sich die Dampfschiffahrt zwischen Frankfurt und Mainz eines sehr guten Fortgangs. Das Boot, der Delphin, macht die Thalfahrt in zwei, die Bergfahrt aber in kaum vier Stunden regelmäßig und vermag so diese Strecke täglich zwei Mal hin und her zurückzulegen. Treten nun keine Naturhindernisse im Verlaufe des Sommers ein, so ist abzusehen, daß das Boot mit der Taunuseisenbahn in eine um so vortheilhaftere Concurrenz wird treten können, als es größere Gemächlichkeiten wie diese zumal denjenigen Reisenden gewährt, die sich von Mainz aus der rheinischen Dampfschiffe bedienen wollen.

### Preußen.

† Aus Preussen, 1. März. Seit langer Zeit ist die Errichtung eines besondern Ministeriums für Handel und Agricultur gewünscht worden, und schon glaubte man zu Anfang des vorigen Jahres der Erfüllung dieses Wunsches gewiß zu sein; doch sind diese Hoffnungen wieder sehr zurückgetreten; vor der Hand scheint man nicht auf Einsetzung eines Ministeriums für den Handel rechnen zu dürfen, und was die Landwirthschaft betrifft, so kann das neu geschaffene Landes-Dekonomiecollegium keineswegs als eine selbständige Centralbehörde betrachtet werden; dasselbe ist vielmehr nur eine technische Deputation des Ministeriums des Innern, welche dessen Aufträge zu vollziehen und die landwirthschaftlichen Vereine in den Provinzen mit Rath zu unterstützen hat. Ungeachtet dieses abhängigen Verhältnisses und des Mangels an pecuniären Kräften ist nicht zu verkennen, daß das Landes-Dekonomiecollegium einen nützlichen Einfluß auf die seiner Fürsorge anvertrauten Gegenstände auszuüben vermag, und hat sich dieser Einfluß erst in hinreichendem Maße bethätigt, so steht wol zu erwarten, daß dem Collegium ein ausgedehnterer Wirkungskreis und eine größere Selbständigkeit eingeräumt werden wird. Aus diesem Gesichtspunkte verdient die kürzlich begonnene Thätigkeit des Landes-Dekonomiecollegiums auch in weitem Kreise beachtet zu werden.

Nachdem das Regulative für das gedachte Collegium unterm 25. März v. J. erschienen und die Mitglieder desselben ernannt worden waren, erließ der Minister des Innern an das Collegium ein Rescript, betreffend mehre Gegenstände, auf welche dasselbe seine Aufmerksamkeit zunächst zu richten habe. Zuörderst wünschte der Minister die Ansicht des Collegiums darüber kennen zu lernen: „welche Wirthschaftszweige und welche Unternehmungen im Gebiete der Landwirthschaft nach den dermaligen Zuständen des Landes der Aufhülfe am bedürftigsten sind, und bei welchen die zu treffenden Maßregeln den sichersten

Erfolg versprechen?“ Insbesondere wünschte der Minister Aufklärung über folgende fünf Fragen: 1) Die in frühern Zeiten so blühende Leinwandindustrie, besonders der Provinzen Schlesien und Westfalen, wird durch die in England bereits sehr vervollkommnete Flachsmaschinenspinnerei in der Concurrenz gefährlich bedroht. Durch die inländischen Unternehmungen in dieser Spinnerei hat sich ergeben, daß das erzeugte Gespinnst in seiner Güte vornehmlich von der Güte des Flachses und diese wieder von seinem Anbau und seiner Bereitung abhängt, und daß Preußen in diesen beiden Beziehungen weit hinter Belgien zurücksteht, woher England seinen Flachszug bezieht. Einzelne Landwirthe in Schlesien haben zwar bereits praktisch bewiesen, welcher Veredlung der schlesische Flachszug fähig ist, diese Beispiele stehen indessen bis jetzt vereinzelt da. Der Minister wünscht daher ein Gutachten über die sichersten Mittel zur Vervollkommnung des Flachsbau und der Flachsbereitung mit besonderer Rücksicht auf Schlesien und Westfalen. 2) Verlangt der Minister Auseinandersetzung der verschiedenen Verhältnisse, welche bei der Rübenzuckerfabrikation in staatswirthschaftlicher Beziehung von Einfluß sind. 3) In der neuesten Zeit hat man versucht, die Schwefelsäure zur Bereitung des Kartoffelmehls zu verwenden. Sollte das königl. Landes-Dekonomiecollegium schon jetzt mit Wahrscheinlichkeit hoffen können, daß diese Bereitung eine vortheilhafte und erhebliche Industrie werden wird, so würden die Mittel in Erwägung zu ziehen sein, wodurch dieselbe verbreitet und ihr Erfolg gesichert werden könnte. 4) Unter den in letzter Zeit in Ausnahmefällen gekommenen Bodenmeliorationen nehmen die Wiesenberiefelungen die Aufmerksamkeit besonders in Anspruch; über die hier einschlagenden Verhältnisse der Wasserconsumtion, der Gefälle u. hat sich das Collegium zu äußern, damit man hierdurch der Beantwortung der Frage näher tritt, in welchen Fällen die gänzliche Umbildung der Bodenfläche entbehrlich ist und in welchen man zum eigentlichen Kunstwiesensbade schreiten muß. 5) Die großen Vortheile, welche die Zucht feiner Schafe darbietet, haben den Werth der Rindviehzucht seit geraumer Zeit in den Hintergrund gestellt. Der Minister wünscht daher die Mittel zu kennen, durch welche am leichtesten und sichersten auf die Beförderung der letztern hingewirkt werden kann.

Hiernächst erfolgte die erste Sitzung des Landes-Dekonomiecollegiums, welche der Director v. Bedeborff mit einer Rede eröffnete. Er sprach über die Bestimmung des Collegiums, über dessen Beruf, dem Ministerium auch unaufgefordert, also aus eigener Bewegung, Vorschläge zum Besten der Landescultur zu machen, und erkannte hierin die wichtigste Seite der Aufgabe. Ferner äußerte sich der Director über das Verhältniß des Collegiums zu den einzelnen landwirthschaftlichen Vereinen, über die geeignetsten Mittel, auf dieselben einzuwirken. Absichtlich wollte der Redner hierbei „die wirksamsten und vielleicht erwünschtesten“ Mittel, d. h. die Geldmittel, hierbei noch nicht in Anschlag bringen, und sagte erst weiterhin: „Des Königs Maj. hat solche allerdings den Provinzen verheißen; indes theils sind sie überall noch nicht zu gewisser und am wenigsten zu unserer Verfügung gestellt; theils und vornehmlich, selbst wenn dies der Fall wäre, würde ich für meinen Theil doch der Meinung sein, daß wir erst Zustände und Bedürfnisse möglichst genau kennen und eine deutliche Uebersicht des Ganzen gewonnen haben müßten, ehe wir uns auf Bewilligungen einlassen könnten; und zwar damit wir nicht in die Lage kommen möchten, das Dringende dem minder Nöthigen nachzusetzen oder durch vereinzelt vertheilte ohne dauernde Wirkung zu zersplittern, was zusammengehalten und auf dem rechten Punkte angewendet einen bleibenden und großen Nutzen gestiftet haben könnte.“ Bei der Aufstellung allgemeiner Grundsätze für das Verfahren des Landes-Dekonomiecollegiums sagte der Director unter Anderm: „Namentlich wird fast jeder einzelne der angebotenen Gegenstände uns auf eine Hauptfrage zurückführen, über welche wir uns in irgend einer Weise zu entscheiden haben werden; ich meine die Frage: Wie weit darf und soll der Einfluß des Staats auf die Förderung und Unterstützung der ökonomischen und privatwirthschaftlichen Verhältnisse der Nation sich erstrecken, und wo beginnt die Sphäre ihrer freien und selbständigen Entwicklung und ungehinderten Entfaltung? Eine Frage, die in unserer Zeit lebhaft erörtert wird, deren abstracte Lösung überhaupt schwierig, in Beziehung auf preussische Zustände aber höchst mislich erscheint; da bei uns mehr wie vielleicht irgendwo die Rücksicht auf den eigenthümlichen Staatsorganismus, den Charakter der Regierung, den Geist und die Maximen der Verwaltung und selbst die Gewöhnung der Nation nicht aus dem Auge gesetzt werden darf. Jedenfalls werden wir uns zu erinnern haben, daß wir wenigstens zunächst zu einer reformatorischen Thätigkeit nicht berufen sind.“ Am Schlusse seiner Rede verheißt sich der Director nicht, daß es auf große, augenfällige, glänzende Resultate überhaupt nicht abgesehen sein kann, und am wenig-

sten auf rasche Erfolge gerechnet werden darf. Doch hofft er, daß im Laufe der Zeit die Beweise der Wirksamkeit des Landes-Oekonomiecollegiums nicht ganz vermist werden sollen. (Schluß folgt.)

**Aus dem Bergischen, 27. Febr.** Unter unserm Advocatenstande, wie unter dem der andern Rheinseite, haben mehre Versammlungen stattgefunden, um durch gemeinsame Berathungen ihre Rechte gegen die Anfechtungen des übrigen Beamtenstandes zu sichern, und in der That hat es den Anschein gewonnen, als wenn von einigen Behörden ein ungünstiges Vorurtheil gegen den fraglichen Stand verbreitet worden wäre. — Was die Gemeindeverhältnisse betrifft, so ist bis dahin noch nichts Gewisses verlautbart; uns will es auch bedünken, als ob die gerügten Uebelstände mehr in den Camarillas der verschiedenen Städte gelegen als an den Gesetzen oder der Regierung. Die Deffentlichkeit verträgt sich gar wohl mit der bestehenden Ordnung. Bürgermeister Brünning von Elberfeld ist der Erste gewesen, welcher jährlich die genauesten Budgets seiner Verwaltung bekannt gemacht, und daher ein heilsames Vertrauen eingeführt, nie zu einer Klage Anlaß gegeben hat. Nach seinem Beispiele verfahren jetzt alle Bürgermeister unsers Ländchens und theilen in den Kreisblättern genaue Budgets ihres Wirkens mit, woher sich überall Deffentlichkeit in Gemeindefachen verbreitet, Sinn für Gemeindeverhältnisse in allen Klassen sich ausbildet. (Berl. 3.)

### Österreich.

**Wien, 7. März.** Die Krankheit des Erzherzogs Franz Karl ist ein katarrhalisches Fieber, und wiewol sie bisher ernste Besorgnisse nicht erregt, spricht sich der allgemeine Antheil im Publicum doch auf erfreuliche Weise aus, um sich über das Befinden des verehrten Prinzen zu vergewissern. Auch Erzherzog Stephan befindet sich schon seit einiger Zeit unwohl. — In der Resolution über die auf acht Jahre herabgesetzte Capitulationsfrist der Soldaten soll der Kaiser selbst die im Vortrage des Hofkriegsrathes angeführte Dienstdauer von zehn Jahren durchgestrichen und die genannte um zwei Jahre ermäßigte Zeit angefügt haben. — Die mehrfach ausgestreute Nachricht, daß Hr. W y s e den hier accreditirten nordamerikanischen Gesandten, Hrn. Jenifer, ablösen werde, entbehrt jeden wahrscheinlichen Grundes. — Seit einigen Tagen sind in den hiesigen Kirchen Sammlungen von Beiträgen eingeleitet: „für den Bau einer katholischen Kirche in Leipzig“, welcher durch den Zusammenfluß so vieler Katholiken in dieser Handelsstadt, namentlich zur Meßzeit, als wünschenswerth bezeichnet wird.

Hinsichtlich unserer Josephinischen Militair-Akademie hat sich der Beschluß des Hofkriegsrathes dahin geeinigt, beim Kaiser die Aufrechthaltung dieses berühmten Institutes in seinem gegenwärtigen Umfange zu beantragen, während die nöthigen Umänderungen im Innern selbst bei der in naher Aussicht stehenden Umgestaltung unsers Studienplanes überhaupt vorgenommen werden können. — Ein vom Kaiser herabgelangtes Avancement vermehrt die den Feldmarschällen zunächst stehenden Generale der Cavalerie um drei Mitglieder, wozu die Feldmarschall-Lieutenants Graf Fiquelmont, der L. L. Staatskanzlei zugewiesen, der Commandirend ein Ugram Fürst Auersperg, und der Bruder des Hofkriegsraths-Präsidenten, Graf Heinrich Hardegg, Chef des Monturwesens, ernannt worden sind. — Die Anfertigung der Percussionsgewehre für unsere Armee geht so rasch von staten, daß nun bereits über 80,000 Stücke abgeliefert worden sind, die hinreichen, etwa den dritten Theil unsers stehenden Heeres zu bewaffnen. Im wirklichen Gebrauche stehen die Percussionsgewehre nun bei den ersten Bataillonen von 23 Infanterieregimentern und 12 Grenadierbataillonen. — Im Banat ist neuerlich ein Militairexcess vorgefallen, dessen Wahrheit verbürgt werden kann. Ein Rittmeister des dafelbst stationirten Kaiser-Fusarenregimentes, Graf Reiperg, hatte in den letzten Tagen des Carnevals seiner Escadron den Befehl gegeben, bei öffentlichen Lustbarkeiten in den Wirthshäusern nicht zu erscheinen, um möglichen Streitigkeiten des Militairs mit den Bauern vorzubeugen. Die Ordre wurde aber nicht befolgt, und der Rittmeister selbst, welcher mehre Zuwiderhandelnde in der Wirthsstube erblickt hatte, trat ein, sie zur Rechenschaft zu ziehen, wurde jedoch von einem Manne mit einem Pistolenschuß empfangen, der ihn streifte, worauf ein zweiter, wie es heißt ein Unteroffizier, die Feuerwaffe ihm auf die Brust anlegte, sodasß der Graf todt zu Boden fiel. Die Thäter sollen sich auf die Flucht gemacht und über die Grenze entkommen sein.

Ein am 3. März aus Petersburg eingetroffener Cabinetskurier hat die erfreuliche Nachricht überbracht, daß es den Bemühungen unserer Regierung gelungen ist, auch mit Rußland eine günstigere Postconvention abzuschließen, die nun die Ratification des Kaisers erwartet. Zwar soll von Seiten Rußlands nicht auf alle Punkte eingegangen worden sein, die unsererseits zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs für zweckdienlich erachtet wurden; doch ist Manches erreicht worden, was schon jetzt zum Vortheile des Publicums und als Grundlage zur spätern Vervollständigung dienen kann. Außer dem

großartigen Entschlusse wegen unserer Staatsbeisenbahnen scheint die Regierung überhaupt ihr Augenmerk auf das, den geistigen und commerciellen Verband so sehr fördernde Postwesen, namentlich der deutschen Bundesstaaten, zu richten, und es soll in dieser Beziehung eine Art Postcongrès noch im Laufe dieses Jahres in München beantragt sein, wo die Hemmnisse einer allgemeiner Gleichheit und Gegenseitigkeit in den Tarifen beseitigt und der so wichtige Eintritt Preußens sowie jener von Hannover vermittelt werden würden.

— Aus **Wien** erhalten wir unterm 4. März folgende Berichtigung der in Nr. 57 aufgenommenen Nachricht, daß der flüchtig gewordene Großhändler Rudolf Frhr. v. Geymüller, mit seinem Geburtsnamen Falkner, unter peinliche Anklage verfest worden: „Da in dieser Nachricht eine Namensverwechslung enthalten ist, indem der in Concurs verfallene Frhr. v. Geymüller nicht Rudolf, sondern Johann Heinrich heißt, so wollen Sie diesen Irrthum in Ihrem Blatt um so mehr berichtigen, als der unbescholtene Name des allgemein hier geachteten Hrn. Rudolf Frhr. v. Geymüller diese Berichtigung erheischt, wobei zugleich bemerkt werden muß, daß Hr. Rudolf Frhr. v. Geymüller niemals Gesellschafter der Großhandlung Geymüller und Comp. gewesen, sondern Güterbesitzer in Böhmen ist.“

### Dänemark.

**Kopenhagen, 6. März.** Am 3. März wurde vom Fädreland mit der Tagesnummer eine alte Nummer vom 26. Jan. 1842 ausgegeben, welche mit Beschlag belegt, angeklagt, vertheidigt und im Hof- und Stadtgerichte, sowie im Höchsten-Gerichte freigesprochen war und nun nach länger als einem Jahr ausgegeben werden durfte, nachdem der Redacteur des Blattes in dieser Veranlassung zwei Mal im Criminalverhör gewesen und die Proceßkosten hatte bezahlen müssen. Der kleine, jetzt ganz interesselose Artikel, welcher alle diese Weitläufigkeiten verursacht hatte, enthielt einen ganz einfachen thatsächlichen Bericht, daß im Nov. 1841 die königl. Resolution über die Pressfreiheitsache erfolgt sei. Die dänische Kanzlei fand darin eine unverbürgte Nachricht (uhjemlet Estorretning) und befahl die Anklage. Im Laufe des Processes fragte das Hof- und Stadtgericht bei der königl. dänischen Kanzlei an, ob die Nachricht nicht wahr wäre, und das Collegium war genöthigt zu antworten, daß die Nachricht vollkommen richtig und mit der Wahrheit in Uebereinstimmung sei, was sich auch aus der königl. Bekanntmachung an die Stände zeigte, in welcher die vom Fädreland angeführten Worte vorkommen. Die Redaction des Journals ruft nun das Publicum zum Richter auf, zu beurtheilen, wie viel Grund ein dänischer Journalist habe, sich über einen Zustand zu beklagen, nach welchem ein Justizcollegium Macht habe, wenn ein Journal eine vollkommen wahre Nachricht mittheile, es mit Beschlag zu belegen, den Redacteur in Criminalverhöre und Prozesse, in Kosten und Ungelegenheiten zu verwickeln, und dann am Ende ohne die mindeste Restitution oder Erstattung das ganze Verfahren enden zu lassen.

### Rußland und Polen.

Die Magdeburger Zeitung sagt: „Unter den polnischen Juden findet gegenwärtig eine Bewegung statt, die in dieser seit Jahrhunderten zurückgebliebenen, aber auch allseits vernachlässigten Masse zu den erfreulichsten Erfolgen führen kann. Der Fürst-Statthalter hat in einer Audienz gegen die Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Warschau ausgesprochen, daß er beabsichtige, alle Mittel anzuwenden, um die Juden in Polen zum Ackerbau zu bringen und die dem entgegenstehenden gesetzlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Man kann sich nun überzeugt halten, daß die polnischen Juden sehr wohl hierzu geneigt sind. Der Rabbiner Philippson in Magdeburg benutzte diese Veranlassung, einen beredten Aufruf an die bemittelten Juden Polens in der Allgemeinen Zeitung des Judenthums zu richten, einen allgemeinen Verein im Königreiche Polen zu bilden, der sowol die pecuniären Mittel herbeischaffe, den Uebergang zum Landbau den Aemtern zu erleichtern, als auch moralisch durch Schrift und That auf die Masse zu diesem Behufe wirke. Dieser Aufruf fiel wie ein Funke in Sündstoff. Es bildete sich sofort in Warschau ein Comité, das die Vorstände aller Gemeinden zu Conferenzen in den Gouvernementsstädten auffoderte. Ein lebhafter Eifer that sich kund, und am 2. Febr. fand eine solche Conferenz, z. B. in Kalisch von 21 Hauptgemeinden dieses Gouvernements statt, die sich in einem rechtsgültigen Decret zu einer jährlichen Beisteuer von 50,000 Fl. verpflichteten. Nach diesem Maßstabe wird von der Hauptstadt und den acht Gouvernements eine Summe von jährlich 1½ Mill. Fl. zusammengebracht werden, die zum Ankauf von Grundstücken, Ackergeräthschaften u. einen erklecklichen Anfang darbietet. Belebt sich dieser Eifer wachsend und durch die Folge gefördert, so kann der jüdischen Bevölkerung wie dem Lande nur eine erspriechliche Zukunft daraus entstehen.“

### Türkei.

\* **Konstantinopel, 22. Febr.** In meinem vorigen Briefe habe ich die Ernennung Halil-Pascha's zum Chef der Marine anstatt Tahir-Pascha's, welcher abgesetzt wurde, und noch mehre andere Veränderungen, sowie auch die schriftliche Antwort des Sultans

an  
C  
C  
Iu  
de  
ha  
fl  
De  
ha  
je  
gel  
vor  
zu  
Für  
mer  
mö  
nals  
nie  
Vor  
Ber  
beme  
seht  
mit  
nicht  
muff  
  
\*  
Maj  
mof  
ein  
seinen  
Grun  
nun  
zige  
fall  
schen  
haben  
eine  
und  
präsi  
den  
so  
Wahl  
scholter  
meint  
den  
wenn  
rei  
im  
Nullify  
einmal  
klar  
den  
ist  
ist  
tyra  
Demokr  
Demokr  
diese  
Werth  
rein  
repu  
gegen  
die  
Wähler  
rung  
zu  
Nordens  
schließt  
von  
polit  
von  
den  
feil  
genug  
Petitions  
gesprochen  
ten  
nur  
daß  
es  
ir  
man  
auch  
ten,  
darüb  
oder  
doch  
dem  
Nord  
helfen  
soll  
rein  
republ

auf den autographischen Brief des Kaisers von Rußland in Betracht Serbiens, welche wieder negativ ausfiel, gemeldet. Auch in Betreff Serbiens schrieb ich, daß man dort den Ausbruch einer Contre-revolution befürchte. Spätere Briefe melden, daß zwischen Wucsic und dem Fürsten einige Kälte eingetreten sei. Die Veranlassung hierzu habe das vor Kurzem entdeckte Complot gegen das Leben des Fürsten, Wucsic, Petroniewich's etc. und gegen die bestehende Ordnung der Dinge gegeben. Da man den deutlichsten Beweis hierüber in Händen hatte, namentlich schriftliche Correspondenzen, welche darthun, daß jenes Complot von der Partei des Fürsten Michael in Semlin angelegt wurde, so habe Wucsic darauf gedungen, die Verschworenen vor ein Kriegsgericht zu ziehen und die Rädelsführer mit dem Tode zu bestrafen, um von weitem ähnlichen Versuchen abzuschrecken. Der Fürst aber habe sich gegen diese Maßregeln gestraubt, Wucsic bemerkend, daß ohnehin schon die Feinde der neuen Ordnung sich alle mögliche Mühe gäben, seine Regierung in allen europäischen Journalen als höchst grausam und despotisch zu verschreien. Auch Petroniewich soll der Meinung des Fürsten gewesen sein, sodas Wucsic's Vorschlag nicht durchging und man sich mit der Exilirung einiger der Verschworenen und mit der Einkerkelung der übrigen begnügte. Auch bemerkten jene Briefe, daß ungeheure Geldsummen in Bewegung gesetzt worden seien, um jene Verschwörung zu Stande zu bringen, was mit dem dem Fürsten Michael jetzt zu Gebote stehenden Geldmitteln nicht im Einklange stehe und man sich deshalb in mannichfache Vermuthungen verliere, woher wol dieses Geld gekommen sein möge.

### Vereinigte Staaten von Nordamerika.

\* Boston, 28. Jan. Noch immer hat die factiose Whigpartei die Majorität und greift den Präsidenten Tyler persönlich an. Den Demokraten ist er nicht angenehm, weil er eben ein Whig, wenn auch ein sehr gemäßigter, ist, doch haben sie als echte Republikaner allen seinen Maßregeln Unterstützung öffentlich zugedacht, die nicht ihren Grundsätzen widersprechen. Dagegen beginnt das Präsidentenmachen nun auch im Congress. Für die Whigpartei ist immer noch der einzige Clay als Candidat aufgestellt, allein er hat schwerlich den Beifall aller Whigs. Er ist Ultrawhig. Die Demokraten scheinen zwischen Calhoun und van Buren zu schwanken. Alle andern Candidaten haben in diesem Augenblick keine Hoffnung. Wahrscheinlich wird sich eine Whig- und eine Demokratenconvention im Frühjahr versammeln und über die Männer entscheiden, welche als Präsidenten und Vicepräsidenten von jeder Partei dem Volke zur Wahl vorgeschlagen werden sollen. Calhoun dürfte die größere Chance in der demokratischen Wahl haben. Er ist in den Augen der Demokraten ein ganz unbescholtener Mann, obgleich er ein Sklavhalter wie Clay und gemeint ist, die Union aufzulösen, wenn die Sklaverei aufgehoben werden soll. Auch hat er jedesmal mit den Sklavhaltern gestimmt, wenn das nördliche Petitionsrecht (d. h. um Abschaffung der Sklaverei) im Congress wieder hergestellt werden sollte. Ferner ist er ein Nullifyer, d. h. ein Politiker, der die Union sogleich auflösen will, wenn einmal die Frage über gleiche Verteilung der öffentlichen Lasten nicht klar und günstig für den Süden, besonders Südcarolina, zu entscheiden ist. Die echten Republikaner misbilligen diese Gesinnung. Sie ist tyrannisch gegen den Norden. Allein da eben so viele politische Demokraten im Süden wohnen als im Norden, so sehen die politischen Demokraten oder demokratischen Politiker des Nordens völlig über diese Punkte hinweg. Man wird daraus leicht erkennen, welchen Werth die demokratische Partei eigentlich habe. Sie ist durchaus keine rein republikanische. Der Norden hat zwar im Ganzen die Tendenz gegen die Sklaverei. Man fühlt mehr und mehr, daß etwa 200,000 Wähler in allen südlichen Staaten, da sie für die schwarze Bevölkerung zu drei Fünfteln das Vertretungsrecht üben, 3 Mill. Wähler des Nordens tyrannisiren. Allein wenn die Sklaverei in Frage kommt, schließt sich der Süden fest als Corpus an einander und es ist dann von politischen Parteien unter den Pflanzern nicht mehr die Rede, und von den nördlichen Deputirten im Congress finden sich immer einige wohlfeil genug, um mit ihnen zu stimmen. Quincy Adams brachte das Petitionsrecht, welches man in Bezug auf Sklaverei dem Norden abgesprochen, in mehren Congresssitzungen zur Sprache, und diesmal fehlten nur zwei Stimmen, um es herzustellen. Dies läßt vermuthen, daß es im nächsten Congress herzustellen werden werde; doch fürchtet man auch hier ein Compromiß der südlichen und nördlichen Demokraten, darüber, daß die Letztern nicht für das freie Petitionsrecht stimmen, oder doch eine Anzahl von ihnen, wenn die südlichen Demokraten den dem Norden angenehmsten Präsidenten oder Vicepräsidenten wählen helfen sollen; doch scheint sich im deutschen Theile der Demokratie eine rein republikanische Gesinnung durchzubilden, und es könnte wol sein,

daß bei der bedeutenden Anzahl Stimmen, welche die Deutschen aufstellen können, sich eine Wendung über kurz oder lang ergibt, welche weder die Yankees im Süden noch die im Norden ahnen. Zur Zeit fehlt es den Deutschen an einem Manne, der sie als politische Partei im rein republikanischen Sinn organisiren kann. Findet sich derselbe, so steht eine Macht da, die der Yankeeemacht sehr gefährlich wird. Uebrigens ist Calhoun ein sehr bedeutender und ehrenwerther Mann und genießt von allen Parteien größere persönliche Achtung als van Buren und Clay. Als Vicepräsidenten mit ihm denkt man an General Cass.

Man wird fragen, weshalb ich so lange auf diesem amerikanischen Gemeinplage verweile. Es hängt erstaunlich viel in einer Republik von der Wahl des Präsidenten ab: die ganze politische Richtung für vier Jahre, vielleicht für acht Jahre wird dadurch entschieden. Der Einfluß Amerikas auf die Zustände und Politit Europas hat sich durchaus nicht verringert, ich glaube eher vergrößert, und endlich ist die Wahl eines Fürsten der Republik, wenn Fürst den Ersten (first) der Nation bedeutet, doch eben so interessant als die Geburt eines Erbprinzen. Die Geschichte ist zeither so loyal gewesen, nach Fürsten zu zählen; auch hier zählt man nach Präsidenten oder nach Präsidialolympiaden. Wer demnach mit der Geschichte Amerikas sich vertraut machen will, muß sich vor Allem mit den Grundsätzen der Präsidenten und der politischen Parteien, die sie wählten, bekannt machen. Mehr aber als dies ist die gegenwärtige Epoche der Union merkwürdig als eine der größten Corruptions der großen Masse der politischen Notabilitäten. Die wenigen unbescholtenen Männer, die es gibt, werden plötzlich vom Volk erkannt, und es steht eine Veränderung in den Ansichten des Volks über den Werth der politischen Parteien bevor, welche von großem Einfluß in den nächsten Jahren sein dürfte. Ein unbescholtener Mann wie Tyler wird mehr und mehr vom Volk anerkannt, alle Demagogen aber mit Zweifel betrachtet. Der Congress gibt dafür keinen richtigen Maßstab; man muß den Maßstab der allgemeinen Wahlen anlegen. Die nächste Wahl wird darüber entscheiden. Der gegenwärtige Congress ist ein kurzer; die Wahlbevollmächtigungen der Deputirten reichen nur bis zum Ausgange des März. Dann haben wir neue Wahlen, und diese werden den Willen des Volks klar kundgeben. Auch das ist eine weise Einrichtung, daß die Erneuerung des Congresses durch Wahl öfter stattfindet als die Erneuerung des Präsidenten. Das Volk gibt dadurch seine Billigung und Mißbilligung der Grundsätze der Verwaltung zu erkennen.

### Handel und Industrie.

**Staatspapiere.** Amsterdam, 8. März. 2 1/2 pc. Int. 56 7/16; Rußl. 5 pc. Hope 107 1/2; 4 1/2 pc. Handelsg. 128 3/8. Brüssel, 7. März. Belg. 3 pc. 73; Blact. 77 1/2. Frankfurt a. M., 9. März. Destr. Blact. 1986; 250 Fl. L. 116 3/4; 500 Fl. L. 144 3/4; Bair. 3 1/2 pc. 112 3/4; Bad. 50 Fl. L. 53 1/2; Darmst. 50 Fl. L. 67 1/2; 25 Fl. L. 27 1/2; Kass. 25 Fl. L. 24 3/8. Paris, 7. März. 5 pc. 162.20; 3 pc. 81.75; Reap. 107.30; Span. act. 26 3/8, pass. 4 1/8. Wien, 8. März. Blact. 1632; Met. 5 pc. 110 3/4; 4 pc. 101 1/2; 3 pc. 78 1/2; 500 Fl. L. 142 1/4; 250 Fl. L. 114 1/2.

**Disconto.** Amsterdam, 8. März. 2 1/2 %. Frankfurt a. M., 9. März. 2 1/2 %.

**Actien.** Frankfurt a. M., 9. März. Taunusb. 390 1/2. Paris, 7. März. Blact. fr. 3320; belg. 787 1/2; Eis. St. Germ. 855; Versail. r. 300, l. 120; Strasb. 222 1/2. Wien, 8. März. Nordb. 93 1/2; Raab. 93 1/2; Mail. 93 1/2.

**Berliner Börse,** 10. März. Neue 3 1/2 pc. Stöschsch. 104 1/2, 4 pc. engl. 103 1/2, Prämisch. 92 1/2, 3 1/2 pc. Pfandbr. ostpr. 104, westpr. 102 1/2, Br., schles. 102 1/2, pomm. 103 3/8, Br., kur- u. neumark. 103 3/8, Br., 4 pc. pol. 106 1/2, neue 3 1/2 pc. 102 1/2; Eisenbahn, 5 pc. Berl. = Potsd. 135 Br., Prior. = Act. 103, Anhalt. 116, Prior. = Act. 103 3/8, Br., Frankf. a. d. D. 112 1/2, 4 pc. Oblig. 103 1/2, Magdeb. = Leipz. 144, Prior. = Act. 103 1/2, Br., Düsseldorf. = Elberf. 70 3/4, Prior. = Act. 94 Br., Rhein. 79, Oblig. 97 1/2, Oberschles. 104, Duklat. —, Friedrichsd. 113 1/2, Louisd. 110 3/4; Disconto 3 1/2 Proc. — Belg., 5 pc. Rothsch. —; Danem., 3 pc. engl. —; Darmst., 25 Fl. L. 16 1/8, Br.; 3 1/2 pc. Hamb. Feuerkassen St.-A. 96 7/8; Holl., 2 1/2 pc. Int. 54 3/8; Kass., 25 Fl. L. 14; Reap., 5 pc. Falc. —, engl. Rothsch. 103 1/2, Br.; Destrerr., Met. 5 pc. —, 4 pc. —, 3 pc. —, 1 pc. 26; Blact. 1138, 500 Fl. L. —; Polen, 5 proc. Schagobligat. 97 3/8, 4 pc. Pfandbr. 95 1/8, neue 94 1/2, Blcert. —, 300 Fl. L. 86 1/2, Br., 500 Fl. L. 91 1/2, Blcert. à 300 Fl. 102 1/2, Br., à 200 Fl. 30; Rußl., 5 pc. Cert. 108 3/4, Hope 103 1/2, 4 pc. 94 3/8, Drig. Stiegl. 94 7/8, 5 pc. engl. 115 1/2, Br. — Die Fondscurse erlitten keine bemerkenswerthe Veränderung, und das Geschäft war nicht von großem Umfange. Von Eisenbahn-Actien wurde in Magdeburg-Leipziger, Berlin-Frankfurter und Berlin-Anhaltischen zu schwankenden Preisen Mehres gemacht; Rheinische stellten sich niedriger.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.

Druck und Verlag von J. W. Brockhaus in Leipzig.

# Ankündigungen.

(Inserate nehmen an: in Leipzig die Expedition; in Berlin die Gropius'sche Buch- u. Kunsthandlung; in Breslau die F. C. G. Leuckart'sche Buchhandlung; in Dresden C. Piesch u. C.; in Frankfurt a. M. W. Kähler; in Hamburg L. A. Meißner's Verlagbuchhandlung; in Magdeburg W. Heinrichshofen; in Paris Brockhaus u. Venard; in Schaffhausen die Brodtmann'sche Buchhandlung.)

Bei **C. F. Neclam sen.** in Leipzig erscheint im Laufe d. J. zum bevorstehenden 300jährigen Jubelfeste:

**Geschichte der Königl. Sächsischen Landesschule St. Afra zu Meissen.**  
Aus archiv. Quellen dargestellt von Prof. **Fr. Max Dertel**, etwa 25 Bogen in gr. 8. in 3 Lieferungen. Die 1ste Lieferung erscheint schon im Juni. Ausführliche Anzeigen sind in jeder Buchhandlung zu haben. [528]

Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen: [541]

**Leipziger Repertorium für deutsche und ausländische Literatur.**  
Unter Mitwirkung der Universität Leipzig herausgegeben von **L. Ghs. Gersdorf**. Erster Jahrgang. Erstes bis achttes Heft. Gr. 8. Preis des Jahrgangs von 52 Heften 12 Thlr.

Dem **Leipziger Repertorium** ist ein

## Bibliographischer Anzeiger,

für literarische Anzeigen aller Art bestimmt, beigegeben. **Ankündigungen** in demselben werden für die Zeile oder deren Raum mit 2 Ngr. berechnet und **besondere Anzeigen** zc. gegen Vergütung von 1 Thlr. 15 Ngr. beigelegt.

Leipzig, im März 1843.

**F. A. Brockhaus.**

Bei **Adolph Krabbe** in Stuttgart ist soeben erschienen und in Leipzig in allen Buchhandlungen zu haben:

## Konstitutionelle Jahrbücher.

Herausgegeben

von **Dr. Karl Weil.**  
1843.

Erster Band:

**Deutsche Verhältnisse.** Von dem Herausgeber.  
**Badische Zustände.** Von Karl Mally.  
**Die fürstlich Thurn- und Taxis'schen Posten.** Von einem „Unpostalischen.“  
**Ueber die britische Konstitution.** Von Th. Chisholme-Munsey.  
**Berechnungen.** Von Karl Buchner.  
**Ueber den Entwurf der württembergischen Strafproceß-Ordnung, über Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Geschworenengerichte u. s. w.** Von S. Schott.  
**Die Zollkongresse.** Von A. Steinacker.  
**Rußland und die europäische Diplomatie.** Von D. Arquhart.  
**Ueber die Idee des christlichen Staats.** Von einem Nicht-Hegeleaner.

Gr. 8. 22 Bog. Geh. 1 Thlr. 25 Ngr. [526]

Im Verlage der Unterzeichneten ist soeben erschienen:

## Aus dem Tagebuche des Generals v. Bachholz.

Zur Geschichte der früheren Zustände der preussischen Armee

und besonders des Feldzugs des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Desl., im Jahre 1809.

Bearbeitet und herausgeg. von C. Fr. von Veckelde.  
8. Fein Velinpap. Geh. 2 Thlr.

## Memoiren des Ritters

**Karl Heinrich v. Lang.**

2 Thle. 8. Fein Velinpap. Geh. 4 Thlr.

Braunschweig, Februar 1843.

[495] Friedrich Vieweg und Sohn.

## Capital-Gesuch.

Gegen fünffache Sicherheit, erste und alleinige Hypothek, wird nach sechs Monaten ein Capital von 8000 Thlrn. à 3½ Procent jährliche Verzinsung gesucht. Die Zinsen werden in pünktlichster Ordnung abgetragen. Etwanige gefällige Offerten werden unter H. A. M. an die Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung erbeten. [512-13]

## Verkauf des Juwelen-, Silber- und Goldwaaren-Lagers des Johann Richter in Prag.

Der Besitzer dieses seit 40 Jahren mit unermüdeter Hingebung und unablässiger Beachtung aller Fortschritte im Gebiete der Mode und des neuesten Wiener und Pariser Geschmackes betriebenen, durch wiederholte Geschäftsreisen erweiterten, sowie durch Solidität und möglichst billige Preise in den ehrenvollsten Auf gekommenen Silber- und Goldwaaren-Erzeugungs-Etablissements, ist gesonnen, dasselbe aufzugeben. Es dürfte sich namentlich zum Ankauf für solche seiner jüngern Herren Kollegen eignen, welche im Begriffe wären, ein eigenes Geschäft dieser Art zu beginnen. Der Käufer würde nicht nur in ein vollkommen eingerichtetes, der ausgedrehtesten Verbindung und Kundenschaft sich erfreuendes, auf das geschmackvollste assortirtes Juwelen-, Silber- und Goldwaaren-Handelsgeschäft eintreten, sondern der gegenwärtige Besitzer würde es sich auch, aus besonderer Liebe zu diesem, fast ein halbes Jahrhundert gepflegten Unternehmen, zum Vergnügen machen, einem wackern und thätigen Käufer durch die annehmbarsten Bedingungen das Geschäft zu erleichtern und ihm mit seinen eignen Erfahrungen in Bezug auf Einkäufe, Einlösungen, Empfehlungen, Rathschläge, industrielle Fortschritte, Geschäftsreisen u. s. w. thätig an die Hand zu gehen.

Sollte sich bis zum 1. August 1843 kein künftiger Unternehmer finden, so wird hiermit zugleich die Auflösung des bemeldeten Geschäftes und der bis Ende October dieses Jahres im Einzelnen stattfindende Ausverkauf des gedachten Juwelen-, Silber- und Goldwaaren-Lagers angekündigt, in dessen Folge dann auch die Vermietung der gegenwärtigen Localität, im eignen Hause des jetzigen Besitzers, am Kleinen Ring der Altstadt Prag, Nr. 459, als an einem der frequentesten Plätze der Stadt, geschehen würde.

Anfragen und Anträge erbittet man sich durch portofreie Briefe.

[469-71]

## Confirmanden-Geschenke

durch jede Buchhandlung von mir zu beziehen:

## Geduld, Hoffnung und Gebet

als Führer durchs Leben zum Vater des Lichts.

Ein Geist- und Herzerhebendes Andachtsbuch für gebildete Christen.

Zweite verbesserte und vermehrte Auflage.  
8. Geh. in Umschlag. 20 Ngr. (16 gGr.)

Dasselbe geb. 25 Ngr. (20 gGr.),  
dasselbe fein geb. 1 Thlr.

## Evangelische Gebete

zum Gebrauche

für Kirche, Haus- und Familienleben.

Herausgegeben von

**Dr. W. E. G. Krehl,**

Professor der Theologie und Universitätsprediger zu Leipzig.

Neue unveränderte Ausgabe. Gr. 8. Sauber in Umschlag geheftet. 20 Ngr. (16 gGr.)

Ferner:

## Confirmations-Scheine

mit biblischen Denkprüchen und auch ohne Denkprüche in allegorischen Einfassungen.

30 Stück schwarz nur 5 Ngr. (4 gGr.)  
30 Stück in Golddruck und -Schnitt nur 10 Ngr. (8 gGr.)

Leipzig, im Februar 1843.

**Hgn. Sackowig,**

Universitätsstraße Nr. 2.

[412-13]

## Der letzte König.

Politisches Drama in 5 Aufzügen

von

**D. S. Seemann.** [540]

Gr. 12. Geh. 24 Ngr.

Leipzig, bei **F. A. Brockhaus.**

## Agentur-Gesuch.

Ein Provisions-Reisender, welcher Schweden und Dänemark besucht und gut empfohlen werden kann, wünscht für einige achtbare sächsische Fabriken die Agenturen noch zu übernehmen.

Hierauf bezügliche Offerten werden unter der Chiffre A. B. poste restante Leipzig franco erbeten. [538]

## Aufforderung.

Herr **M. K.** aus **W.**, dessen dormaliger Aufenthalt unbekannt ist, wird hiermit angelegentlichst ersucht, wegen dringender Familienangelegenheiten baldmöglichst zurückzukehren, da ein längeres Ausbleiben sowohl für ihn als für die Familie vom größten Nachtheil sein würde. [507-9]

## Todes-Anzeige.

Gestern früh entschlief zu einem bessern Leben unser guter Gatte und Vater, der Musikdirector und Organist an hiesiger Thomaskirche, **August Pohlenz**. Diese Trauerkunde seinen zahlreichen Freunden, mit der Bitte um ihre stille Theilnahme. Leipzig, am 11. März 1843.

**Die Hinterlassenen.**

[537]